



Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses (SchA/XVII/008/2020)

Sitzungstermin: Donnerstag, den 18.06.2020
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:25 Uhr
Ort, Raum: Historisches Rathaus, großer Saal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Christina Stoye-Grunau

stellv. Vorsitzende/r

Frau Christiane Kühmann

Ausschussmitglieder

Herr Wilhelm Bloem Vertreter für Frau Bonow

Herr Thomas Bruns

Herr Sven Dirksen

Frau Anja Rinke

Herr Heinz Dieter Schmidt

Frau Ursula Stevens-Kimpel

Herr Stefan Störmer

Herr Michael Weber Vertreter für Herrn Janssen

Frau Claudia Wostratzky

stimmberechtigte beratende Mitglieder

Frau Tomke Bührma

Verwaltung

Herr Detlef Holz	Erster Stadtrat
Frau Alexandra Abraham	Fachdienstleitung 2.65
Herr Jens Meyer	Stellvertretende Fachdienstleitung 1.40
Herr Daniel Mülder	Fachdienst 2.65
Frau Melissa Paulini	Protokollführerin

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Bonow	Vertreten von Herrn Bloem
Herr Jürgen Janssen	Vertreten von Herrn Weber

beratende Mitglieder

Herr Andreas Benken

stimmberechtigte beratende Mitglieder

Frau Sabrina Tramm	entschuldigt
--------------------	--------------

Verwaltung

Frau Beatrix Kuhl	Bürgermeisterin
-------------------	-----------------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten
- 3 Genehmigung der Niederschrift des Schulausschusses vom 05.11.2019 (SchA/XVII/006/2019)
- 4 Ganztagschule Plytenbergschule
Vorlage: 1.40/XVII/1528/2020
- 5 Sachstand Sanierung Hoheellernschule
Vorlage: 1.40/XVII/1523/2020
- 6 Sachstand Corona-Pandemie
Vorlage: 1.40/XVII/1524/2020
- 7 Sachstand DigitalPakt Schule
Vorlage: 1.40/XVII/1522/2020
- 8 Informationen
 - 8.1 Hausmeisterwohnung Daalerschule
 - 8.2 Beratendes Mitglied
 - 8.3 Konrektorstelle Hoheellernschule
 - 8.4 Grundschule Bingum
 - 8.5 Schulschwimmen
 - 8.6 Sporthalle Hoheellernschule
 - 8.7 Statistik
- 9 Anfragen
- 10 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende Frau Stoye-Grunau begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten

Keine Fragen.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift des Schulausschusses vom 05.11.2019 (SchA/XVII/006/2019)

Herr Holz informiert, dass folgende Berichtigung dem Protokoll beigelegt wird:

Zu Top 4 Vortrag der Plytenbergschule zur Schaffung von Ganztagsangeboten.

Auf die Frage von Herrn Bruns, wie viele Rückmeldungen es bei der Elternbefragung gegeben hat wurden Zahlen vertauscht.

Richtig ist: Es wurden 276 Briefe verschickt. 82 Rückmeldungen sind eingegangen, von denen haben sich 69 (84%) für eine Nutzung von Ganztagsangeboten ausgesprochen.

Beschluss (10 Ja-Stimmen; 2 Enthaltungen):

Der Genehmigung der Niederschrift vom Schulausschuss vom 05.11.2019 (SchA/XVII/006/2019) wird zugestimmt.

TOP 4 Ganztagschule Plytenbergschule Vorlage: 1.40/XVII/1528/2020

Herr Mülder vom Gebäudemanagement stellt das geplante Bauvorhaben für die Erweiterung der Plytenbergschule vor.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Holz ergänzt, dass eine Antragstellung für die Schaffung von Ganztagsangeboten zum 01.08.2021 erfolgt. Wie aus dem Bauzeitenplan zu entnehmen ist, werden

die erforderlichen Räume jedoch voraussichtlich erst im Frühjahr 2022 fertiggestellt sein. Erst dann kann mit den Ganztagsangeboten begonnen werden. Es ist abzuwarten, ob die Landesschulbehörde eine Genehmigung erteilt bzw. ab welchem Zeitpunkt Gelder für die zusätzlich erforderlichen Lehrerstunden bereitgestellt werden.

Frau Kühmann erkundigt sich, ob die Mensa das tägliche Essen vollständig geliefert bekommen wird oder ob die Zubereitung teilweise oder ganz in der Mensa erfolgen wird. Des Weiteren möchte sie wissen, ob bei eigener Herstellung ein eigener Bereich eingeplant ist.

Herr Meyer erklärt, dass die Lebenshilfe die Plytenbergschule beliefern wird.

Frau Kühmann weist darauf hin, da die Lebenshilfe auch ein Konzept verfolgt, dass in den Schulen selbst das Essen vorbereitet wird. Daher fragt sie sich, ob hierzu eine Ausstattung von der Schule vorliegen muss.

Herr Meyer informiert, dass das Essen fertig angeliefert wird und nur warmgehalten werden muss. Es findet daher keine Zubereitung in den Mensaräumen statt.

Frau Stevens-Kimpel würde interessieren, ob die Aufenthaltsräume in der Mensa ausreichend für alle Schüler wären. Des Weiteren fragt sie, ob die Kosten für den geplanten Aufzug bereits in der Berechnung enthalten sind.

Herr Mülder informiert, dass der Aufzug in der Rechnung enthalten ist. Bezüglich der Aufenthaltsräume kann er bestätigen, dass die Räume groß genug sein werden.

Herr Meyer ergänzt, dass die Raumaufteilung mit der Schule abgestimmt wurde.

Frau Wostratzky fragt, ob nicht die Mensa der Friesenschule von den Kindern der Plytenbergschule mitgenutzt werden könnte, da ja auch die Sportplätze gemeinsam genutzt werden und die Entfernung auch nicht so groß wäre. Dieses würde dann erhebliche Kosten ersparen.

Herr Meyer erklärt, dass es diese Überlegung gegeben hat und auch Gespräche stattgefunden haben. Allerdings hat diese Alternative zu viele Nachteile. Unter anderem, die Beaufsichtigung der Schüler beim Gang zur Friesenschule. Daher kam man zu dem Entschluss, dass es besser wäre, wenn die Plytenbergschule über eine eigene Mensa verfügt.

Herr Bruns erkundigt sich, wie nun mit der alten Hausmeisterwohnung verfahren wird.

Herr Meyer informiert, dass die Schulleitung umziehen wird und der Raum als zusätzlicher Raum zum Beispiel als Förderraum genutzt werden kann.

Herr Bruns fragt, wie man sich den Mensabetrieb vorstellen darf. Ist die Auslastung der Mensa davon abhängig inwieweit die Nutzung der Schüler vorgeschrieben ist oder ist die Teilnahme am Essen freiwillig. Soll zuvor eine Abfrage erfolgen wie viele Schüler dort Essen werden, sodass nicht später dann der ungünstige Fall eintritt, dass gerade mal 20 Kinder dort täglich essen.

Frau Stoye-Grunau erklärt, dass es sich hier um eine offene Ganztagschule handelt und die Eltern entscheiden müssen, ob ihr Kind am Essen in der Mensa angemeldet werden soll.

Herr Meyer ergänzt, dass die Eltern selbst entscheiden, ob ihr Kind in der Mensa essen soll und ob das Ganztagsangebot genutzt wird. Die Zahlen basieren aktuell noch auf Schätzungen. Eine genaue Angabe ist im Vorfeld noch nicht möglich. Es wird ein kleines Polster nach oben hin offengehalten. Bei der Vorabfrage der Eltern stellte sich aber heraus das 79 dafür gestimmt haben, sodass davon auszugehen ist, dass der Bedarf vorhanden ist.

Beschluss (einstimmig):

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, ein offenes Ganztagsschulangebot an der Plytenbergschule zum 01.08.2021 zu schaffen und beim Land zu beantragen. Die zusätzlich erforderlichen Finanzmittel sind im Haushalt 2021 bereitzustellen.

TOP 5 Sachstand Sanierung Hoheellernschule Vorlage: 1.40/XVII/1523/2020

Herr Holz informiert, dass in der Sitzungsvorlage der aktuelle Stand bereits sehr gut wiedergegeben ist. Man ist im permanenten Kontakt mit der Hoheellernschule. Die Pandemie hat allerdings das bauliche Vorhaben stark zurückgeworfen. Da mit sogenannten Containerklassen gearbeitet werden sollte, ist auf Grund der Vorgaben zu Corona nicht mehr umzusetzen. Daher ist man in Verhandlungen bezüglich der Nutzung eines zusätzlichen Gebäudes. Die Verwaltung ist bemüht, allerdings durch die aktuelle Situation stark ausgebremst.

Herr Schmidt empfindet es als ziemlich bedauerlich, dass es nun doch so gekommen ist wie die Verwaltung es von Anfang an geplant hätte. Er habe in der Zeitung gelesen, dass eine Schule im Emsland mit den gleichen Asbestproblemen eine schnelle Lösung gefunden hätte. Seiner Meinung nach ist seitens der Verwaltung der Stadt Leer anscheinend eine Lösungsfindung nicht gewollt. Die Enttäuschung wäre sehr groß.

Frau Stevens-Kimpel schließt sich Herrn Schmidt an. Sie empfindet es als fatal, dass eine Schule, in der so viele Kinder aus ärmeren Haushalten stammen, so vernachlässigt wird.

Herr Holz weist den Vorwurf der Vernachlässigung der Hoheellernschule zurück. Er habe Verständnis für die Enttäuschung. Geplant war natürlich alles anders, doch eine Umsetzung des Bauvorhabens ist durch Corona nicht möglich. Wenn man Containerklassen einrichten würde, wäre nicht mehr genügend Platz auf dem Schulhof vorhanden. Er selbst ist darüber verärgert, weist aber darauf hin, dass nach wie vor

an einer Lösung gearbeitet wird. In der kommenden Woche soll der aktuelle Stand der Verhandlungen mit der Kirche im Verwaltungsausschuss angesprochen werden. Die Anregung von Herrn Schmidt, bezüglich der Lösung der Schule im Emsland, würde ihn sehr interessieren, da ihm natürlich daran gelegen ist eine alternative und schnellere Lösung zu finden. Vielleicht ist es möglich herauszufinden um welche Schule es sich handelt.

Frau Abraham erklärt, dass die Verwaltung dem Auftrag der Politik gefolgt ist und ein Architekturbüro beauftragt hat. Es habe bereits zwei Ausschreibungen gegeben die wegen Corona in Abstimmung mit Frau Bramlage wieder aufgehoben werden mussten. Daher ist man zu dem Entschluss gekommen, dass die Umsetzung erst zum kommenden Jahr erfolgen kann.

Herr Dirksen sagt, dass in der Vorlage nur von Asbest und Pandemie die Rede ist. In der Vergangenheit gab es aber auch andere Baustellen. Er fragt, ob diese mittlerweile beseitigt wären. Unter Anderem das Problem mit den Lehrertoiletten.

Frau Abraham informiert, dass diese Vorhaben bereits abgeschlossen sind.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Sachstand der Hoheellernschule zur Kenntnis.

TOP 6 Sachstand Corona-Pandemie Vorlage: 1.40/XVII/1524/2020

Herr Holz erklärt, dass er der ausführlichen Sitzungsvorlage nichts zu ergänzen hat. Der Hygieneplan existiert ja bereits schon und wird dementsprechend umgesetzt. Das Land hat entsprechende Vorgaben gemacht und die Schulen müssen es umsetzen. Die Verwaltung als Schulträger kann lediglich das benötigte Material zur Verfügung stellen.

Frau Stoye-Grunau bedankt sich an dieser Stelle bei allen Schulen.

Herr Schmidt erkundigt sich, wie lang diese Vorgaben denn noch gültig wären. Ob davon auszugehen ist, dass diese Vorschriften auch noch nach den Sommerferien gelten werden.

Herr Holz berichtet, dass man bisher noch nichts vom Land an Vorgaben nach den Sommerferien erhalten habe. Es ist daher noch fraglich, ob nach den Sommerferien wieder ein Vollbetrieb möglich sein wird oder wie bei den Kindertagesstätten aktuell nur unter Einschränkungen. Aktuell ist keine Aussage dazu zu treffen. Es ist unklar, ob eine Situation wie in Gütersloh eintreffen könnte. Dort sind alle Schulen und Kindergärten wieder geschlossen. Man kann nur hoffen, dass die Situation sich nicht verschlechtert und der Betrieb nach den Sommerferien wieder möglich ist, der aber nicht dem früheren Normalbetrieb entsprechen wird.

TOP 7 Sachstand DigitalPakt Schule

Vorlage: 1.40/XVII/1522/2020

Herr Holz berichtet, dass die Stadt Leer aus dem Förderprogramm „Digitalpakt“ für ihre sieben Grundschulen insgesamt 479.500 € von Land und Bund beantragen kann. Hierzu ist ein Sockelbetrag von 30.000 € für jede Grundschule festgelegt worden. Die vorgegebenen Förderbedingungen sind einzuhalten. Die Anschaffung von zum Beispiel interaktiven Tafeln oder Displays stellen hierbei die geringsten Hürden dar. Diese sind bereits für die Hoheellernschule, Ludgerischule, Eichenwallschule und die Grundschule in Bingham beschafft worden bzw. sind ausgeschrieben. Problematisch stellte sich allerdings die Beantragung der Mittel für die Anschaffung mobiler Geräte wie zum Beispiel iPads, Tablets etc. heraus. Der Einsatz von mobilen Geräten ist grundsätzlich sinnvoll, was die aktuelle Situation auf Grund von Corona nochmal besonders deutlich gemacht hat. Jedoch sind die geforderten Mindeststandards sehr hoch. Das bedeutet, dass der Netzwerkausbau in den Schulen vorangetrieben werden muss. Auf Grund der Pandemie wurden zwischenzeitlich die Förderrichtlinien gelockert, wonach es möglich war, auch ohne Netzwerkstandards die Endgeräte zu beschaffen.

Bei der Daalerschule und Ludgerischule ist es derzeit so, dass Anträge auf mobile Endgeräte gestellt wurden, aber derzeit ruhen, da im Laufe des Antragsverfahrens die Bedingungen wieder verschärft wurden. Das bedeutet, dass die Netzwerke nun doch wieder sehr hohen Standards entsprechen müssen, da sonst die Fördergelder zu erstatten sind. Daher sind für diese beiden Grundschulen die Anträge vorerst auf ruhend gestellt worden, da eine Fertigstellung in dem vorgegebenen Zeitrahmen nicht möglich ist bzw. die Kosten die möglichen Fördermittel mehrfach übersteigen.

Es lässt sich also festhalten, dass Anträge gestellt worden sind und bereits fünf Schulen Anschaffungen tätigen konnten und zwei Anträge erst einmal auf „Eis“ gelegt wurden.

Der Bund erweitert durch eine Zusatzvereinbarung, einem sogenannten „Sofortprogramm“, den Digitalpakt um 500 Mio. Euro, um dadurch bereits nach den Sommerferien 2020 Endgeräte zur Ausleihe in den Schulen einsetzen zu können. Diese Anschaffungen sollen besonders gesellschaftlich benachteiligten Kindern zu Gute kommen.

Folgende Fragen sind zu klären:

1. Welche Geräte können gekauft werden?
2. Welche technischen Merkmale muss die Hardware vorweisen?
3. Mit welchem System (Android oder Apple) soll zukünftig einheitlich gearbeitet werden?
4. Ist eine SIM-Karte erforderlich?
5. Wie soll die Ausleihe der Geräte gestaltet werden, wenn zum Beispiel ein Schüler zuhause nicht die Möglichkeit hat das Gerät zu nutzen, da kein Wlan zur Verfügung steht.
6. Wann und was soll beschafft werden?
7. Und wer soll dafür verantwortlich sein?

Diese Fragen und die grundsätzliche Klärung wer dafür überhaupt zuständig sein soll, sind bis heute noch nicht geklärt. Es ist auch nicht geklärt, ob es die Aufgabe der Schulen selbst ist, sodass das Geld vom Land direkt an diese geleitet werden könnte.

Nichts desto trotz hat die Verwaltung eine Abfrage gestartet, wie viele Schulen dementsprechende Geräte benötigen würden. Daraus ergab sich eine Zahl von 173 iPads. Aus diesem zweiten „Topf“ des Digitalpaktes bekommt die Stadt Leer voraussichtlich 58.784 €. Wenn man nun die Kosten eines iPads mit WLAN gegenüberstellt so kommt man auf einen Betrag von etwa 379 €. Ein iPad mit SIM-Karte, wenn das erforderlich wäre, kostet etwa 579 €. Bei 173 iPads die also erforderlich wären, kommt man auf eine Summe von etwa 65.000 € oder 100.000 €, die auszugeben wäre. Und dabei ist noch immer nicht geklärt, ob es die Aufgabe der Stadt ist, diese Anschaffungen zu tätigen. Diese offenen Fragen führen zur klaren Haltung der Verwaltung, dass die Beantwortung und Klärung dieser offenen Punkte abgewartet werden müssen.

In der gestrigen Pressekonferenz der Bundeskanzlerin wurde klargestellt, dass es Fördermittel geben soll. Jedoch hat Herr Holz den Eindruck, dass davon bisher bei den Kommunen nichts angekommen ist.

Auch die Kosten für den richtliniengemäßen Ausbau der Netzwerke übersteigen die dafür vorgesehenen Förderbeträge um ein Mehrfaches. Eine Haushaltsposition für solche Kosten gibt es nicht, sodass auch unklar ist, woher das Geld kommen soll.

Beim Niedersächsischen Städtetag ist die Problematik bekannt und es wird versucht an einer Lösung zu arbeiten. Die Stadt Leer würde es sehr begrüßen, wenn Förder Richtlinien zum Netzwerkausbau gelockert werden.

Herr Schmidt berichtet, dass die Gruppe SPD und die Linke einen Antrag gestellt haben zur sofortigen Anschaffung der Endgeräte für die Grundschulen und die damit verbundene sofortige technische Ausstattung für die Nutzung der Geräte. Dieser Antrag wird weiterhin aufrecht gehalten und er ist der Meinung, dass dieser Beschluss umgehend gefasst werden sollte. Unsere Schulen müssten optimal ausgestattet werden. Er kann sich nicht vorstellen, dass das Land Richtlinien vorgibt, die es unmöglich machen dem digitalen Auftrag nicht nachkommen zu können. Er ist auch der Meinung, dass die Endgeräte nicht so teuer sind und außerdem wird für andere Dinge weit mehr Geld ausgegeben. Die wichtigste Aufgabe sollte immer der Auftrag der Bildung sein. Daher würde er die Vorsitzende bitten, über den eingereichten Antrag einen Beschluss zu fassen.

Herr Holz erklärt, dass er den Ansatz von Herrn Schmidt sehr gut nachvollziehen kann. Allerdings sind die technischen Anforderungen sehr hoch. Hier ist die Gefahr, dass die Stadt die 100.000 € für die Hardware ausgibt und es dann plötzlich doch kein Geld mehr gibt, weil im Nachhinein Richtlinien zur Anschaffung erlassen werden, die nicht eingehalten worden sind. Die Verwaltung muss daher Richtlinien abwarten.

Frau Kühmann erklärt, dass es nun zwei Szenarien gäbe. Das erste Szenario wäre, was würde passieren, wenn nach den Sommerferien ein weiterer Lockdown be-

geschlossen wird. Hier wäre es wichtig, Möglichkeiten zu schaffen, dass die Schüler vernünftig lernen und arbeiten können. Das zweite Szenario ist daher, dass unsere Schulen abgehängt werden und dies ist, nach ihrer Meinung, bereits der Fall. Natürlich stehen die Schulen sowie die Verwaltung vor einer Mammutaufgabe. Weitere Fragen sind, wie können die Geräte optimal genutzt werden? Wie soll es zukünftig laufen? Welche Plattformen sollen genutzt werden?

Herr Holz informiert, dass iServ bereits flächendeckend eingesetzt wird und daher auch hier genutzt werden würde. Was bis zu den Sommerferien, insbesondere nach den Sommerferien, passieren wird, könnte er heute nicht beantworten. Der Netzwerkausbau ist nicht bis zum Ende der Sommerferien 2020 realisierbar. Auch über die Anschaffung der Endgeräte als Ausleihe an die Schüler ist alles noch unklar. Er stellt klar, dass die Verwaltung sich aktiv um Klärung der offenen Fragen kümmert, um eine zügige Anschaffung zu forcieren, aber derzeit fehlt es noch an Instrumenten, um das ganze Vorhaben realisieren zu können.

Frau Wostratzky berichtet aus ihrer Sicht als Mutter mit zwei schulpflichtigen Kindern. Ihre Kinder arbeiten mit der Plattform iServ, worüber die jeweiligen Dokumente abgerufen und dann zuhause ausgedruckt werden. Hierzu bedarf es kein iPad, da ihre Kinder alles mit dem Handy gestalten und anschließend ausdrucken. Daher ist zumindest ein Drucker erforderlich und kein iPad, da alle Schüler sowieso alles mit ihrem Handy erledigen. Das selbstständige Lösen von Aufgaben am iPad wäre ihrer Meinung nach nicht sinnvoll, da die Schüler ihre erledigten Aufgaben sowieso wieder ausgedruckt mit zur Schule nehmen müssten. Grundschüler würden generell Schwierigkeiten mit der Handhabung eines iPads haben.

Frau Rinke berichtet, dass ihr Sohn, der im Grundschulalter ist, sehr gut mit dem iPad umgehen könnte. Er hat dementsprechende Erklärung zum Umgang bekommen und käme daher sehr gut damit zurecht.

Frau Wostratzky ist der Meinung, dass über ein iPad keine Aufgaben erledigt werden könnten.

Frau Bührma ist auch der Meinung, dass der Umgang der Kleinen mit einem iPad insbesondere mit iServ nicht funktionieren kann.

Frau Stevens-Kimpel findet, dass die Stadt sich gegen die digitale Ausstattung wehrt und diesen Bildungsauftrag nicht ernst nimmt. Um der Stadt die Aufgabe auch glaubwürdig abnehmen zu können, wäre doch eine Modellschule denkbar. Diese würde komplett ausgestattet werden und man würde das Vorhaben testen können. Außerdem würde sich dann auch rausstellen, was man tatsächlich braucht und was nicht.

Herr Dirksen möchte gerne auf den Antrag von Herrn Schmidt eingehen. Er ist der Meinung, dass den Bürgerinnen und Bürgern überhaupt nicht zu vermitteln wäre, dass bei einem Milliardenpaket des Bundes über so einen Kleinkram diskutiert wird. Außerdem würde die Corona-Pandemie das Ganze noch einmal verstärken. Er habe sich mit seinem Landesbüro auseinandergesetzt und diese Kollegen haben dann mit Herrn Tonne das Gespräch gesucht. Hierzu ist ein Antrag mit 5 Punkten entstanden.

Es geht hierbei um die Klärung des Umgangs mit dem Thema. Hinzukommt der Ansatz eines Digitalkonzepts. Doch unklar ist auch hier, wer dieses Konzept erarbeitet soll.

Herr Meyer informiert, dass alle Schulen ein eigenes Medienkonzept erstellt haben.

Herr Dirksen fragt Herrn Meyer, warum die Grundschulen unterschiedliche Budgets haben.

Herr Meyer erklärt, dass jede einzelne Grundschule einen Sockelbetrag von 30.000 € zur Verfügung gestellt bekommen hat.

Die Vorsitzende Frau Stoye-Grunau bittet die Verwaltung, der Niederschrift eine Kostenaufstellung beizufügen. (Anlage)

Herr Schmidt weist noch einmal darauf hin, dass die Gruppe SPD und Linke weiterhin auf den Antrag pochen wird. Er bittet außerdem um eine schriftliche Stellungnahme für die möglichen Hinderungsgründe seitens der Verwaltung. (s. vorangegangene Ausführungen)

Frau Kühmann ist der Meinung, dass das Thema „digitales Lernen“ in einem Gesamtkonzept gesehen werden muss. Daher ist an dieser Stelle ihre Nachfrage, wie die Zahl von 173 iPads entstanden ist.

Herr Holz berichtet, dass eine Vorababfrage bei den Schulen stattgefunden hat. Es handelt sich hierbei noch um noch keine endgültige Abfrage. Es musste aber zunächst von einem möglichen Maßstab ausgegangen werden. Hierbei wurde ein Bedarf angenommen, wenn ein Anspruch auf kostenlose Lernmittelausleihe besteht. Des Weiteren erklärt er, dass bei jeder Schule eine andere Ausgangslage bestünde. Einige Schulen hätten die Digitalisierung vorangetrieben, bei anderen wäre über Jahre hinweg im Bereich der Digitalisierung bzw. Netzausbau nur wenig passiert. Diese Zustände heißt es nun zu ändern und die Verwaltung ist dran.

Die Vorsitzende Frau Stoye-Grunau gibt zu bedenken, dass auch viele Schüler bereits ein eigenes iPad besitzen.

Herr Bruns erklärt, dass die CDU natürlich auch die technische Notwendigkeit sieht. Allerdings findet er, dass es nicht allein von der Beschaffung der Hardware abhängig gemacht werden kann. Aus diesem Grund täte er sich auch schwer mit dem Antrag von Herrn Schmidt. Er habe sich auch mit dem Thema Medienkonzept befasst. Da Herr Meyer erklärt habe, dass jede Schule ein eigenes Konzept erstellt hätte, würde er es begrüßen so ein Konzept mal zu sehen. Es stehen viele Fragen im Raum, die durch eine Einsicht in ein Konzept geklärt werden könnten. Unter Anderem wer die Wartung zukünftig betreuen wird.

Herr Holz erklärt, dass vom Städtetag ganz deutlich gesagt wurde, dass es nicht die Aufgabe der Kommunen ist, Schülern Leihgeräte im Rahmen des Sofortausstattungsprogramms zur Verfügung zu stellen. Da jede Schule ein eigenes Konzept im Rahmen des Digitalpakts mit ihren eigenen technischen Wünschen erstellt hat, müs-

sen Anschaffungen nach diesem Bedarf erfolgen. Das liegt in der Souveränität der Schulen.

Herr Bloem findet, dass die Schulen mit dem Problem alleine stehen und es an einem Bedarfsplan mangelt. Des Weiteren ist er nicht wie Herr Bruns der Meinung, dass die Hardware nicht wichtig wäre. Gerade die Hardware ist in den Grundschulen essentiell wichtig. Es ist wichtig, dass man dem Bildungsauftrag nachkommt. Als weiteren Punkt sieht er den letzten Satz in der Vorlage als kritisch an. Er zitiert: „Festgestellt werden soll auch, dass keine Pflicht für Schulen entstehen soll, digitalen Unterricht anzubieten“.

Frau Stoye-Grunau weist nochmal daraufhin, dass die Schulen pädagogisch zuständig sind. Sie entscheiden selbst, was benötigt wird. Die Verwaltung bietet nur die Unterstützung und ist für die Sachausstattung zuständig.

Herr Meyer erklärt, dass jede Schule ihr eigenes Konzept erstellt hat. Natürlich kann die Verwaltung vorgeben, was beschafft werden soll, jedoch wäre dies nicht sinnvoll. Letztendlich müssen die Schulen damit arbeiten und schauen, wie sie die Gerätschaften in ihrem Unterricht nutzen wollen. Wenn der Schulträger nun die Ausstattung vorgibt, die Schulen jedoch andere Lernkonzepte verfolgen, werden die teuren Anschaffungen nicht genutzt.

Frau Kühmann findet, dass es Richtlinien geben muss, sodass der Schulträger sich nicht aus der Verantwortung ziehen kann.

Herr Holz erklärt, dass die Konzeptionierung nicht in der Verantwortung der Verwaltung liegt. Es gibt durchaus Schulen die in der Vergangenheit wenig Bedarf an einem digitalisierten Schulunterricht hatten. Daher liegen nun auch unterschiedliche Gegebenheiten vor, insbesondere was den Netzwerkausbau angeht. Fakt ist, dass Anträge auf digitale Wandtafeln bereits bewilligt wurden. Mit der Anschaffung der iPads kam die Sache dann ins Stocken. Aber auch hier ist man dran.

Herr Schmidt befürchtet, dass es nun heißt, es müsse eine Arbeitsgruppe gebildet werden, die einen Masterplan erstellt. Seiner Meinung nach würde solch eine Aktion, den ganzen Prozess noch weiter verschieben. Er weist noch einmal auf seinen Antrag hin. Dieser ist sehr allgemein verfasst, wird aber sein Ziel nicht verfehlen. Es soll schließlich weitergehen.

Herr Dirksen begrüßt den Antrag und möchte noch ergänzen, dass er dem Gespräch entnehmen konnte, dass noch einiges möglich ist. Die Verwaltung soll durch diesen Antrag animiert werden zu handeln.

Frau Stoye-Grunau verliert den Antrag der Gruppe SPD und die Linke und lässt danach darüber abstimmen.

Beschluss (9 Ja-Stimmen; 3 Enthaltungen):

Die Verwaltung wird beauftragt, dass die Anschaffung der erforderlichen Endgeräte an den Schulen umgehend erfolgt, sodass digitales Lernen ermöglicht wird. Des Weiteren sollen die Schulen kurzfristig so ausgerichtet werden, dass dort dann auch digitaler Unterricht stattfinden kann.

TOP 8 Informationen

TOP 8.1 Hausmeisterwohnung Daalerschule

Herr Holz informiert, dass wie bereits bekannt die Verwaltung der Daalerschule in die bisherige Hausmeisterwohnung umziehen soll, um neue Förderräume und einen zusätzlichen Klassenraum zu erhalten. Leider können die Arbeiten nicht im gewünschten Zeitrahmen durchgeführt werden. Da zum neuen Schuljahr eine zusätzliche Klasse gebildet werden muss, ist es erforderlich, für die Übergangszeit auf einen mobilen Klassenraum auszuweichen.

TOP 8.2 Beratendes Mitglied

Herr Holz berichtet, dass Frau Swenja Neelen zum 01.02.2020 als beratendes, stimmberechtigtes Mitglied im Schulausschuss (Vertreterin der Elternschaft) ausgeschieden ist. Ihre bisherige Vertreterin, Frau Sabrina Tramm rückt damit nach. Nach den Sommerferien 2020 wird ein neuer Stadtelternrat gewählt.

TOP 8.3 Konrektorstelle Hoheellernschule

Herr Holz informiert, dass die Landesschulbehörde per 01.02.2020 die Konrektorstelle an der Hoheellernschule mit Frau Kerstin Holzgrabe besetzt hat.

TOP 8.4 Grundschule Bingum

Herr Holz berichtet, dass an der Grundschule Bingum einige bauliche Maßnahmen geplant sind. Unter anderem sollen die Fenster saniert und Teile der Elektroleitungen erneuert werden. Im gleichen Zug soll eine Hausalarmierungsanlage eingebaut werden. Für diese Maßnahme wurden vorab Leitungswege geplant und eine Beprobung auf Schadstoffe in Auftrag gegeben.

Im Rahmen einer Schadstoffuntersuchung wurden Sammelproben genommen, die positiv auf asbesthaltige Fasern getestet wurden. Die verbauten Fasern sind festgebunden, sodass keine Gefahr davon ausgeht. Alle Eingriffe in die Bausubstanz wurden in der Vergangenheit unter Sicherheitsmaß-

nahmen durchgeführt. Dies erfolgte bei sämtlichen städtischen Liegenschaften als Vorsichtsmaßnahme, aufgrund des Asbestfundes in der Hoheellernschule 2016.

Die Löcher für die Befestigungen der kürzlich angebrachten Smartboards wurden im BT 30-Verfahren mit direkter Absaugung gebohrt. Alle zukünftigen Maßnahmen werden unter besonderen Schutz- und Vorsichtsmaßnahmen durchgeführt werden müssen. Oben geschilderte bauliche Maßnahmen erfordern damit eine umfangreichere Logistik.

Eine zusätzlich in Auftrag gegebene Raumluftmessung hat ergeben, dass keine Belastung mit Asbestfasern in der Luft vorliegt.

TOP 8.5 Schulschwimmen

Herr Holz informiert, dass der Vertrag über die Nutzung des Plytje per 01.02.2020 geändert wurde. Da von den Schulen ein Teil der reservierten Zeiten z.B. wegen fehlender Lehrkräfte nicht genutzt wurde, sind dem Plytje Einnahmen entgangen. Nunmehr muss für alle reservierten Nutzungszeiten gezahlt werden.

Derzeit ist der Schulsport und somit auch das Schulschwimmen auf Grund der Corona-Pandemie noch untersagt. Wann auch in diesem Bereich Lockerungen greifen ist nicht bekannt.

TOP 8.6 Sporthalle Hoheellernschule

Herr Holz berichtet, dass sich die zurzeit laufende Sanierung der Sporthalle im gesetzten Zeitrahmen befindet. Nach gegenwärtigem Stand ist mit der Fertigstellung zum Ende der Sommerferien 2020 zu planen.

TOP 8.7 Statistik

Herr Holz weist darauf hin, dass dem Protokoll die letzte Schülerstatistik und die Entwicklung der Schülerzahlen beigefügt werden.

TOP 9 Anfragen

Frau Kühmann fragt, ob der nächste Schulausschuss nicht vorgezogen werden könnte. Gerade hinsichtlich der Umsetzung des Digitalpaktes an den Schulen, wäre es schön, nicht bis November warten zu müssen.

Frau Stoye-Grunau stimmt Frau Kühmann zu.

Herr Holz erklärt, dass die Termine gerade abgestimmt wurden, aber nach dem Sommer sicherlich noch ein früherer Termin gefunden werden kann.

TOP 10 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Keine Fragen.

Frau Stoye-Grunau bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:25 Uhr.

gez. Christina Stoye-Grunau gez. Beatrix Kuhl gez. Melissa Paulini

Vorsitzende/r

Bürgermeisterin

Protokollführer/in

F.d.R.:

Protokollführer/in